Einzelpreis 25 Milliarden — Halle, Mittwoch, den 14. November — Jahrg. 1923 • Nr. 267

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit d. tägl. Unterhaltungsteil. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksb." — Bezirksorgan der SSPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" vom 10. bis 16. Nov. beträgt 120 Milliard. einschl. Bestellgebühr. Für Abhol. r 115 Milliard u. für Postbezieher entsprechende Nachzahlung. Das Abonnement ist im voraus für den ganz. Bezugszeit. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 5 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4666, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung).

Volk, sieh deine Helden!

„Siegfried" Ludendorff und „Hagen" Kahr.

Einer der Fascistenhäuptlinge, v. Graefe-Goldebee aus Mecklenburg, war zum 8. November nach München berufen worden, um an der Aktion Hitlers teilzunehmen. Ueber das, was sich am 8. November abends im „Bürgerbräu" ereignete, berichtet Graefe im „Deutschen Tageblatt" auf Grund von Mitteilungen, die ihm aus den Hitlerkreisen, vor allem von Ludendorff selbst, geworden sind:

Schon vor einigen Tagen hatten Lossow und Kahr sich in näheren Besprechungen zwischen Ludendorff und Hitler dahin erklärt, daß sie mit den Zielen der Freiheitsbewegung restlos übereinstimmten; insonderheit hatte Herr v. Kahr betont, daß auch er es angesichts der hilflosen Zustände in Berlin für unvermeidlich halte, von München aus eine neue nationale Reichsregierung zu proklamieren und nötigenfalls gegen Berlin zu marschieren, um sie durchzusetzen. Nur wolle er sich den Termin für diese Aktion selbst vorbehalten, und außerdem wünschte er, daß sich an dem neuen Kabinett möglichst auch Staatsmänner oder Politiker aus dem Norden beteiligten. Gegenüber diesen Zusicherungen haben Ludendorff und Hitler erklärt, daß sie loyal mit den Herren v. Kahr und Lossow zu diesem Zweck zusammenarbeiten wünschten. Eine ähnliche Besprechung hat dann am 8. November nachmittags noch einmal zwischen Ludendorff und Kahr stattgefunden.

Graefe schüttet dann den ganzen Zorn seiner völkischen Seele aus über die „Heimtücke des schnöden Wortbruches", verschiert, Hitler habe nur gehandelt, weil er in Kahr ein „Instrument ultramontaner Hinterlist" zu erkennen glaubte, darum:

„Schande über die, die ihn mit feigem Wortbruch betrogen und jetzt noch den traurigen Mut haben, aus ihrer verächtlichen Lage heraus den Mann zu schmähen, der ehrlich blieb. . . ."

Kahr und Lossow, desgleichen Seißer haben nach Graefes Urteil gehandelt, wie Hagen gegen den deutschen Siegfried:

Selbst wenn es wahr sein sollte, daß sie von vornherein nur aus List so handelten — klüglich genug für einen General und einen Minister, wenn sie so zusammenknicken —, sind sie gerichtet für alle Zeiten als feige Männer des Wortbruches! So mag man vielleicht einem fremden Vaterlandsfeinde gegenüber einmal vorgehen müssen, aber einem deutschen Manne vom Schlage Ludendorffs gegenüber ist es ein verächtliches Verbrechen! Und daß sie den Betrug und Verrat so lange versteckten, um den tödlichen Schlag gegen die völkische Bewegung durchführen zu können, das bleibt für mich Beweis genug, wes schwarzen Geistes bewußte Handlanger sie waren.

Schließlich wird auch das Verhalten des Kapitäns Ehrhardt als „gleichfalls schnöde und traurig" bezeichnet und der „Kronprinz" Rupprecht gegen seinen „Statthalter" aufgerufen!

Daß „Siegfried" Ludendorff sich mit seinem Gehrock in den Straßendreck geworfen, um von keiner Kugel getroffen zu werden, daß Hitler ausknifft, statt zu sterben, kümmert den mecklenburgischen Putschisten nicht. Wie erbärmlich muß dieser Mensch sein, wenn er in den Ausreißern schon Helden sieht. Nein, wersen wir sie ruhig in einen Topf, die Ludendorff, Kahr, Hitler, Lossow, Graefe und Konsorten. Sie sind wert, im Kessel des Verrats, der Feigheit und der nationalen Schmach gemeinsam zu schmoren.

Noch ein Held.

München, 14. November. (WTB.)

Der bisherige militärische Führer des Deutschen Kampfbundes, Oberstleutnant Kriebel, ist aus München geflüchtet.

Die Beerdigung der Opfer des Münchener Putsches.

Die verbotenen Kampfverbände leben lustig weiter.

München, 14. November. (WTB.)

Die Opfer des Zusammenstoßes der Hitlergardisten mit der Reichswehr vor der Residenz wurden gestern auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Die Behörden hatten eine gemeinsame Beerdigung nicht zugelassen. — Der Stadtrat veranstaltete gestern mittag eine Trauerkundgebung für die Opfer des Zusammenstoßes, bei der Bürgermeister Dr. Schmidt dem Mitgefühl des Stadtrates für die Gefallenen Ausdruck gab.

München, 14. November.

Die Auflösung der Kampfverbände besteht nur auf dem Papier. In Wirklichkeit denken die Offiziere gar nicht daran, die von ihnen geschaffenen Organisationen aufzulösen. Mit Gewalt, wie seinerzeit die sozialdemokratischen Schutzverbände, werden sie aber nicht aufgelöst. Die Bünde kommen sogar seit Freitag jeden Abend in ihren Bierkellern zusammen, um die Befehle der Führer entgegenzunehmen.

Daß die Gefahr weiterer Beunruhigungen in München noch immer nicht gebannt ist, sieht man schon daraus, daß durch die Straßen des Zentrums von Zeit zu Zeit geschlossene Abteilungen der Reichswehr marschieren und überall Schutzmann-Doppelposten patrouillieren. Vor den zerschossenen Geschäftsräumen der „Münchener Post" steht ein Doppelposten der Reichswehr. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" ist ein Zug Reichswehr untergebracht, weil das Blatt in einigen Aufsätzen scharf gegen Hitler Stellung genommen hat. Nach 10 Uhr abends darf niemand mehr auf der Straße sein.

München, 14. November. (WTB.)

Bei einem Zusammenstoß von Studenten mit der Reichswehr vor der Universität wurde u. a. Professor Dr. Sauerbruch durch einen Kolbenschlag auf den Hinterkopf verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Die Sozialdemokratie fordert.

Verfassungsmäßige Zustände in Bayern. • Wiederherstellung der Pressefreiheit. • Hochverratsverfahren gegen Ludendorff und Hitler. • Fortführung der Erwerbslosenfürsorge im Rhein- und Ruhrgebiet.

Berlin, 14. November. (Sondertelegramm.)

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm gestern zu den aktuellen politischen Fragen Stellung. Er war, wie der „Vorwärts" meldet, einmütig der Auffassung, daß in Bayern in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen werden müßten. Insbesondere müsse die Freiheit der Presse wiederhergestellt werden. Von Reichs wegen sollte ein Strafverfahren gegen Ludendorff und Hitler wegen Hochverrats gegen das Reich eingeleitet werden. Der Vorstand nahm weiter von Sachsen und Thüringen Beschwerden gegen die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes zur Kenntnis und beauftragte die Fraktionsführer, diese Beschwerden gegen die Reichsregierung zu vertreten. Die Fraktionsvorsitzenden wurden ferner beauftragt, gegen die beabsichtigte Einstellung der Erwerbslosengelder und der Einzelunterstützungen im Rhein- und Ruhrgebiet schärfstens Stellung zu nehmen, da die Einstellung der Unterstützungen weite Kreise der Bevölkerung dem Separatismus in die Arme treibe. Die Sozialdemokratie verlange von der Regierung, daß sie die äußersten Anstrengungen mache, um das Reich in den ihm nach dem verlorenen Kriege gebliebenen Grenzen zu erhalten. Der Fraktionsvorstand beauftragte seine Unterhändler, in der Parteiführerbesprechung mit dem Reichskanzler, die in den nächsten Tagen stattfinden soll, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen.

Zusammentritt des Reichstages.

Am kommenden Dienstag.

Berlin, 14. November. (Sondertelegramm.)

Wie der „Vorwärts" meldet, hat der Reichstagspräsident den Aeltestenausschuß zum Freitag einberufen. Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstages für nächsten Dienstag beschließe.

Das Ziel ist erreicht.

Unter dieser Ueberschrift gibt die „Leipziger Volkszeitung" nachstehende Auslassung unseres Meißner Bruderblattes wieder:

Kaum ist es gelungen, die schlimmste Vergewaltigung von Sachsen abzuwenden, da fällt wütend aus dem Hinterhalt die Kommunistische Partei über die Sozialdemokratie her. Am Donnerstagvormittag wurde der Proteststreik aufgehoben; am gleichen Tage schon überschwemmten die Kommunisten den Meißner Bezirk mit einem Flugblatt in riesiger Auflage. Es ist, als hätten sie das Flugblatt wochenlang fertig liegen gehabt. Vielleicht war es schon beim Regierungsantritt der kommunistischen Minister fertiggestellt?

Das Flugblatt bringt geradezu den Beweis dafür, daß der Regierungsantritt der Kommunisten nur die letzte Etappe dieser gerissenen Parteizerstörer war, um die Arbeiter aus der Sozialdemokratischen Partei abzusangen. Kaum ein Wort richtet sich in dem Flugblatt gegen die bürgerlichen Parteien oder gar gegen die Rechtsparteien. Das ganze Gefeise ist ausschließlich gegen die Sozialdemokraten gerichtet. Aber es ist in gerissener Weise darauf berechnet, nur die in der Opposition stehenden Arbeiter anzuziehen, das heißt, jetzt endlich die Früchte zu ernten für die mühsame monatelange Vorbereitungsarbeit der kommunistischen Agitation. Frech rufen sie darin:

„Fordert Rechenschaft von denen, die Euch zum Streik aufgerufen haben!"

Die Arbeiter in den Betrieben werden wissen, wer wochenlang zum Streik aufgerufen hat; denn vordem riefen die vielen kleinen kommunistischen Hetzer: „Seht, die Führer wollen den Kampf nicht!"

Aber man weiß, warum. Diese Kommunistische Partei kennt nur ein Ziel: Parteiagitation. Darum sucht sie jetzt die Arbeiter von den „linken Führern" zu trennen, die seit langem in Opposition in der Partei stehen.

„Die linken Führer sind mitschuldig, sie sind mitverantwortlich — —"

„Denn was taten die linken Führer, die Zeigner, Liebmann, Graupe?"

Ausgerechnet die, die die KPD. bei der vorletzten Regierungsbildung gewünscht hatte, sie sind jetzt Verräter! Gegen die rechten Mitglieder oder gar gegen andere Parteien wird kaum ein Wort verschwendet; es gilt ja Mitglieder zu fangen.

Was hat denn die Kommunistische Partei seit ihrem Regierungsantritt Anfang Oktober getan? Im Parlament und im Ministerium — — nichts. Aber draußen im Lande — Parteiagitation in Hülle und Fülle. Dafür aber hat der Kommunist Böttcher mit seinen rednerischen Eseleien ein Material geliefert, daß die Geßler und Müller vor Freude hell auflachen ließ.

Die Reden des kommunistischen Ministers Böttchers, das in Dresden verbreitete Flugblatt der Kommunisten, das zum gewaltsamen Widerstand gegen General Müller auffordert, die blutrieselnden Pläne, die man bei dem schlesischen Bezirksleiter Oelsner der Kommunisten fand, und der simnlose Putsch in Hamburg, der zahlreichen Menschen das Leben kostete, das alles zu einer Zeit, wo in Dresden die Kommunisten mit dem Eid auf die Verfassung sich beschwerten. Das ist Meineid und Gesinnungslumperei zugleich.

Die Kommunistische Partei hat die frühere Unabhängige Partei zu einem Teil aufgesaugt. Jetzt sucht sie die unzufriedenen Ele-

Der Austritt der KPD. aus der Thüringer Regierung.

Aufruf des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes.

Der Bezirksvorstand der SSPD. Groß-Thüringens erläßt anläßlich des Austritts der KPD. aus der Regierung einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

Die Tenner, Neubauer und Korsch sind aus der Regierung ausgetreten. Einen Akt der Feigheit stellt dieser fluchtartige Austritt dar. Um ihn zu begründen, nehmen sie zu einer langen Kundgebung ihre Zuflucht, die von Verlogenheit strotzt und das Tollste darstellt, was je KPD.-Leute geleistet haben.

In der Stunde höchster Gefahr für das gesamte Proletariat drücken sie sich feige vor der Verantwortung, die sie vor der Thüringer Arbeiterschaft übernommen haben. Der Verrat, die feige, unentschlossene Haltung unserer Genossen, das Nichtarbeiten des Außerparlamentarischen Ausschusses, der Einzug der Reichswehr, angeblich durch uns veranlaßt, ein Befehl Müller-Brandenburgs usw. sollen die Gründe des Austritts sein.

Jeder Satz, jede Behauptung dieser Kundgebung ist eine Lüge.

Die Kommunisten sind mit dem festen Vorsatz in die Regierung eingetreten, die Republik zu zertrümmern.

Wir lehnten ab, die Arbeiterschaft in einen nach Lage der Situation nutzlosen Generalstreik zu treiben, deshalb Verrat, wir lehnten ab, auf KPD.-Meldungen hin, die niemals einer Prüfung standhielten, die Arbeiterschaft aufzurufen, deshalb Feigheit! Wenn die KPD. sagt: Einheitsfront, will sie putschen. Wenn sie sagt: gemeinsamer Kampf, will sie Parteiagitation.

Die KPD. ist die Todfeindin der Sozialdemokratischen Partei.

Jedes Mittel wendet sie im Kampfe gegen uns an.

Unsere Genossen sollen die Reichswehr nach Thüringen gerufen haben, damit die Tenner, Neubauer, Korsch von ihr aus der Regierung gewolt werden.

Was ist wahr?

Unsere Landtagsfraktion hat beschlossen, wenn die Reichswehr die Tenner, Neubauer und Korsch aus der Regierung holen sollte, müssen unsere Genossen sofort ihre Aemter niederlegen. Das wurde am 8. November beschlossen und am 9. November Tenner mitgeteilt. In Thüringen hat die Reichswehr der KPD. den Gefallen nicht getan.

Die Kommunisten haben selbst die Flucht ergriffen und dadurch auf die Einheitsfront des Proletariats verzichtet.

Wir werden uns durch diesen neuesten Streich der KPD. nicht abhalten lassen, weiterhin im Interesse der arbeitenden Bevölkerung tätig zu sein.

•

Diesem Aufruf, der alles sagt, was zu sagen ist, kann sachlich nichts mehr hinzugefügt werden. Unsere Genossen werden sich ohne Unterschied dieses Bild der KPD. merken.

Finanzkunststück eines kommunistischen Ministers.

Dresden, 14. November. (WTB.)

Im Sächsischen Landtag wurde gestern die Tätigkeit des früheren Finanzministers Böttcher besprochen, der entgegen seinem der Reichsregierung gegebenen Versprechen, dem in gesetzwidriger Weise 800 Billionen Mark, die das Reich zum Ausbau der werbenden Staatsbetriebe vorgeschossen hatte, zur Unterstützung Erwerbslosen verausgabt hat. (Hoffentlich haben die Erwerbslosen das Geld wenigstens auch bekommen.) Die Kommunisten suchten die Verhandlungen in jeder Weise zu stören, so daß die Sitzung vom Präsidenten unterbrochen werden mußte. Nach Wiedereröffnung der Plenarsitzung wurde diese sofort endgültig geschlossen und die Beratung der zeitlichen Punkte der Tagesordnung vertagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192311 14-13/fragment/page=0001

mute von der Sozialdemokratie zu lesen — — und trotzdem wird diese Partei wieder größer.

Aber eins kann sie. Auch das ist wohl der Lebenszweck dieser Partei. Sie kann starke, leistungsfähige Organisationen zerstören. Wo sie mitarbeitet, da wird die Einheit in der Arbeiterbewegung rücksichtslos zerstört. In den Gewerkschaften, in der politischen Partei, in den Genossenschaften verrichtet sie eine Spaltarbeit, daß die Unternehmer ihre helle Freude daran haben.

Mit aufgepflanztem Bajonett gegen Wulle und seine Tirabanten.

Berlin, 14. November. (WTB.)

Reichstagsabgeordneter Wulle sollte in einer zu gestern abend einberufenen Versammlung sprechen. Die Polizei hatte den Saal besetzt und ersuchte, die ankommenden deutschvölkischen Versammlungsbesucher, die Straße freizumachen. Dieser Aufforderung wurde jedoch keine Folge geleistet, so daß der diensttuende Offizier schließlich das Seitengewehr aufpflanzen ließ. Die Demonstranten begaben sich auf den Wilhelmsplatz in Charlottenburg, wo kurze Ansprachen gehalten wurden, die mit Hochrufen auf Ludendorff und Hitler endete. Da die Stimmung immer bedrohlicher wurde, mußten polizeiliche Verstärkungen herbeigerufen werden, der es erst mit aufgepflanztem Bajonett gelang, die Menge zu zerstreuen.

Ein Aufruf zur Vernunft.

Vom Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus ergeht ein Aufruf, in dem es heißt:

Arbeitslosigkeit und Hunger haben unser Volk in furchtbare Not gestürzt. Verschärft wird sie durch den beispiellosen Druck eines auf Deutschlands Vernichtung bedachten Feindes. Die verzweifelte Stimmung, die sich darüber weiter Massen bemächtigt hat, wird von gewissenlosen antisemitischen Hetzern dazu benutzt, das Volk zur Plünderung jüdischer Geschäfte, zur Mißhandlung jüdischer Bürger zu verführen und damit Vorgänge heraufzubeschwören, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters, an die schwärzesten Blätter deutscher Geschichte erinnern.

Katholische Kirchenfürsten haben gemahnt, wie ein solches Vorgehen mit allen Geboten der Sittlichkeit und wahrer Religion im krassen Widerspruch steht, wie damit Unschuldige lediglich ihrer Abstammung und Religion wegen verfolgt werden, und haben ihre Glaubensgenossen aufgerufen, solchen blindwütigen Fanatikern entgegenzutreten.

Wem Ehre und Zukunft des deutschen Volkes ernsthaft am Herzen liegt, der trete ein mit uns gegen Wucher und Verschwendung, Ausbeutung der Not des Volkes, aber auch gegen jene blindwütige Hetze, durch welche die Ehre des deutschen Namens besudelt wird. Jedermann trete ein für die wahre Sittlichkeit, auf der die Zukunft des deutschen Volkes beruht!

Deutsche Sachverständige nach Paris.

Ein Beschluß der Reparationskommission.

Paris, 14. November. (WTB.)

Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, soweit es möglich ist, die deutschen Delegierten über die Zahlungsfähigkeit des deutschen Antrages vom 9. November 1923 zu hören. Das Datum wurde noch nicht festgesetzt. Die Reparationskommission wird jedoch der deutschen Kriegslastenkommission den Vorschlag machen, die deutschen Delegierten innerhalb zehn Tagen nach Paris zu berufen. Die Reparationskommission hat ferner einstimmig beschlossen, nach Anhörung der deutschen Regierung in eine Prüfung einzutreten, ob es geboten sei, einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, um sich über die finanzielle Lage des Deutschen Reiches zu verständigen.

Wirtschaftspolitik.

Das Ende der Reichsbanknote.

Das Schwinden des Vertrauens zur Reichsbanknote ist die Folge der bei Kriegsbeginn getroffenen Maßnahmen gewesen, daß ihr die Golddeckung genommen worden ist. Bis 1914 durfte die Reichsbank höchstens das Dreifache ihres Goldbestandes an Noten herausgeben, und da sie damals etwa anderthalb Milliarden in Goldbarren und gemünztem Gelde besaß, durfte sie bis 4,5 Milliarden an Banknoten in Umlauf setzen. Solange dieses Verhältnis, was auch andere Staaten festhielten, bestand, wurde die Reichsbanknote überall zum vollen Nennwerte gern angenommen; denn jeder war berechtigt, jederzeit den Papierschein in Gold umzutauschen. Nachdem jedoch durch die glorreiche Finanzpolitik des Kriegsfinanzkünstlers Dr. Helfferich der Reichsbanknote die Golddeckung genommen worden war, war sie ein Ding für sich geworden und allen politischen und wirtschaftlichen Stürmen ausgesetzt. Hätte Deutschland den Krieg gewonnen, was nach Helfferich selbstverständlich war, dann wäre das Papiermark-Experiment ohne größeren Schaden verlaufen. Da jedoch nach dem Kriege die Notenpresse für Unterstützungen aller Art und zum Ausgleich der Landes- und Reichsdefizite in immer schnellerem Tempo arbeiten mußte, bis sie endlich in Raserei geraten ist und Hunderte von Millionen auf den Markt warf, da hatte es nicht einmal der Warenmarkenschaffen mehr bedarft, um der Reichsbanknote das Grab zu schaufeln. Kurz, wie sie in den letzten Zügen liegt, ist es angesichts ihrem Verfall im laufenden Jahre ziffernmäßig uns zu vergegenwärtigen. In den hochkulturischen Ländern (Vereinigte Staaten v. Nordamerika, Schweden, Holland, Japan, England, Schweiz) waren zu Beginn der nachbenannten Monate für eine alte Reichsmark an Papierscheinen zu zahlen:

Januar	1700 Mk.	Juni	17 500 Mk.
Februar	2600 „	Juli	37 600 „
März	3600 „	August	220 000 „
April	4900 „	September	2 200 000 „
Mai	7800 „	Oktober	70 000 000 „

Weitere Entwertung war bereits voraus zu sehen. Aber im Oktober hat der Absturz noch viel gräßlicher Formen angenommen. Die Ziffern für Oktober lauten:

1. Oktober	70	Millionen	Mark.
8. „	140	„	„
10. „	690	„	„
15. „	850	„	„
20. „	2 700	„	„
25. „	14 500	„	„
2. November	70 000	„	„
7. „	150 000	„	„

Damit ist das Geld von den deutschen Reichsbanknoten zu Ende. Es hinge in einem schrillen Mißton aus; denn alle, die aus der Hand in den Mund leben müssen, haben jede weitere Entwertung mit verschärfen müssen, ganz abgesehen von den vielen, vielen, die nicht einmal aus der Hand in den Mund leben können, weil ihre Hand leer ist. Im Gegensatz zu ihnen hat das jobbernde Ungeziefer verstanden, aus dem Mark der Hungernden und Schaffenden die Kraft zu vermehrter Ueppigkeit zu saugen. Sie triumphieren jetzt; sie haben es geschafft. Sie tun gut, wenn sie nicht vergessen, daß die Weltgeschichte zwar nicht jedes Kalenderjahr ihre Bilanz zieht, daß sie aber unerbittlich und unerschütterlich Soll und Haben ausgleicht.

An Stelle der Reichsbanknote tritt in einigen Tagen die Rentenmark als Zwischenstufe zur Rückkehr zur wirklichen Goldwährung, die allein wertbeständig ist. Gegenüber der Reichsbanknote hat die Rentenmark den großen Vorzug, daß goldsichere Hypothekenwerte zu ihrer voller Deckung vorhanden sind. Sie ist alles andere als ein ideales Zahlungsmittel; immerhin stellt sie einen bedeutsamen Schritt vor auf dem Wege zur Gesundung unserer Währungsverhältnisse. Als absolut wertbeständig wird sie sich nicht erweisen; aber ihre Schwankungen werden gering sein, eben weil sie Golddeckung im Rücken hat. Auch die Befürchtung, sie werde gehamstert werden, ist ohne große Bedeutung; denn gehamstert wird nur, was wertvoller werden kann. Das ist bei der Rentenmark nur in so geringem Umfange zu erwarten, daß es den Zinsverlust nicht aufwiegt, der mit dem stillen Liegenlassen der Rentenmark verbunden ist. Man wird sie also anlegen oder in Verkehr bringen, so daß sie ihren Zweck erfüllt.

Warten wir also ab! Ad. Th.

Die Goldanleihe kein Zahlungsmittel mehr.

Berlin, 14. November.

Mit dem Erscheinen der Rentenmark am 15. November wird die Goldanleihe ihre Bedeutung als Zahlungsmittel verlieren und ihrem eigentlichen Zweck, eine Kapitalsanlage zu bilden, wieder zugeführt werden. Sie war von vornherein als interimistisches Zahlungsmittel gedacht und demgemäß auch nur in begrenzter Höhe in kleinen und kleinsten Stücken ausgegeben worden.

Umrechnungs-Tabelle

nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs vom 13. November 1923.

Ohne Gewähr.

(Notierungen in Millionen Mark)

1 Dollar U.S. = 840 000 Mk. 1 Doll.-Schatzanweisung = — Mk.

1 Dollar-Goldanleihe	= 4,20	Goldmark	= 840 000 Papiermark.
1/2 „ „	= 2,10	„	= 420 000 „
1/4 „ „	= 1,05	„	= 210 000 „
1/10 „ „	= 0,42	„	= 84 000 „

1 Goldmark = 200 000 Papiermark.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Der Streik geht in verschärfter Form weiter. Berlin ist immer noch ohne Zeitungen. Die Unternehmer-Organisationen im Zeitungs- und Buchdruckgewerbe erlassen durch ein Plakat eine Kundgebung, die nur so wimmelt von falschen Behauptungen und Unrichtigkeiten. So behaupten sie, daß der Streik „politischen Motiven" entspringe, erklären aber gleichzeitig, daß die „selbstsüchtige und kurzsichtige Interessenpolitik" der Buchdrucker „die Existenz des Reiches gefährde". Eines von beiden kann nur richtig sein: entweder der Streik ist ein politischer oder er ist ein wirtschaftlicher, als Ausfluß einer angeblichen „selbstsüchtigen und kurzsichtigen Interessenpolitik". In Wirklichkeit sind beide Behauptungen falsch. Das wissen die Buchdruckereibesitzer selbst ganz genau. Sie haben den Arbeitern nicht einmal die Löhne zugestanden, die sie auf Grund der durch die Reichsindexziffer ermittelten Teuerung bekommen müßten. Der Schiedsspruch ist von den Zentralverbänden der graphischen Organisationen abgelehnt worden, weil es kaum jemand von seiner Annahme in der Provinz keine Rede sein. Es sind den Berliner Organisationen daraufhin eine Reihe von Solidaritätskundgebungen ihrer Kollegen im Reiche zugegangen, die bisher nur deshalb sich dem Streik nicht angeschlossen haben, weil die Zentralvorstände sie ausdrücklich darum ersucht haben.

Statt des Streikverbots, das Militärbefehlshaber Seeckt erließ und wogegen die am Streik beteiligten Organisationen entschiedensten Protest eingelegt haben, hätte die Reichsregierung besser ihren Einfluß nach der Richtung geltend machen sollen, daß der Streik gar nicht erst zum Ausbruch kam. Durch das Streikverbot ist nur noch eine unnötige Verschärfung des Konflikts im Berliner Buchdruckgewerbe hervorgerufen und jenen radikalen Elementen Wasser auf ihre Agitationsmühlen geliefert worden, die jede Streikbewegung zu einer großen Aktion auszugestalten bestrebt sind. Im übrigen liegt eine schnelle Beilegung des Buchdruckerstreiks im Gesamtinteresse der deutschen Arbeiterklasse, denn jeder Tag Streik in den Notendruckereien erzeugert den Ausgabetermin der Rentenmark und damit den Heitpunkt, wo die Arbeiter ein wertbeständiges Zahlungsmittel des Reiches in die Hände bekommen. Ob die Rentenmark die Wertbeständigkeit besitzen wird, die man von ihr erwartet, und ob die Arbeiter in diesem neuen Zahlungsmittel eine Sicherheit gegen Lohnentwertung besitzen, muß erst die Zukunft zeigen. Dessenungeachtet ist aber das Erscheinen der Rentenmark im Zahlungsverkehr baldigst zu wünschen. Ihre Ausgabe sollte bekanntlich am 15. November erfolgen, was bei längerer Dauer des Streiks nicht möglich sein dürfte. Deshalb muß auf schnellste Beendigung des Streiks durch Verhandlungen der Reichsregierung mit den Unternehmern und den streikenden Buchdruckern hingewirkt werden. Es darf erwartet werden, daß den berechtigten Forderungen der Streikenden weitestgehend entgegengekommen wird. Leider ist das nach den neuesten Meldungen, die besagen, daß die gestrigen Verhandlungen ergebnislos geblieben sind, nicht der Fall. Es scheint, als ob die Berliner Buchdruckunternehmer diesmal aufs Ganze gehen und ihre Betriebe von allen „unruhigen Elementen säubern" wollen. Mit den paar Streikbrechern, die bisher den Lockungen gefolgt sind, dürften sie ihre frommen Wünsche kaum erfüllt sehen.

Metallindustrie Halle-Anhalt-Magdeburg.

Gemäß des Schiedsspruches vom 8. November sind auf Grund des Magdeburger Index, welcher einer Steigerung von 100 Prozent aufweist, mit dem Verband Mitteldeutscher Metallindustrieller für die Tarifgebiete Halle-Anhalt-Magdeburg nachstehende Abschlagsummen vereinbart, die am Mittwoch und Freitag dieser Woche in gleicher Höhe zur Auszahlung gelangen für

	Arbeiter	Arbeiterinnen
über 28 Jahre	2400	1500 Milliarden
von 20—28 Jahren	2200	1800 „
„ 18—20 „	1800	1100 „
„ 17—18 „	1500	800 „
„ 16—17 „	1100	700 „
„ 15—16 „	800	500 „
„ 14—15 „	500	400 „
Lehrlinge im 1.	2.	3.	4. Lehrjahre
100	150	300	400 Milliarden

Der endgültige Mindestlohn für diese Woche sowie alle anderen Zulagen werden am Donnerstag festgelegt, daraus ergibt sich dann die am Montag nächster Woche zur Auszahlung gelangende Abschlagszahlung. — Der am kommenden Sonntag, dem 10. November, zu erhebende Beitrag der 1. Klasse ist für alle zu den obengenannten Tarifgebieten gehörenden Vertretungen von 100 Milliarden festgelegt; es bleibt den Verwaltung vorbehalten, je nach den örtlichen Verhältnissen einen höheren Beitrag zu erheben. Die Festsetzung der Beiträge in den übrigen Klassen ist den Verwaltungen überlassen. Jeder Kollege, der die höchste Abschlagssumme erhält, ist verpflichtet, den Beitrag der 1. Klasse zu zahlen.

Die Bezirksleitung des DMV. M. Rüßen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Umstellung auf Rentenmark.

Eine der dringendsten Maßnahmen der Konsumgenossenschaften ist die Festsetzung wertbeständiger Geschäftsanteile in dem Augenblick, da ein wertbeständiges Zahlungsmittel des Reiches, zunächst die Rentenmark, die Grundlage aller Geschäftsführung bilden wird. Sobald die Konsumgenossenschaften im Verkehr mit ihren Mitgliedern wertbeständig geworden sind, was schnellstens anzustreben ist, wollen sie nicht mit der Papiermark zugrunde gehen, ist zuerst der Geschäftsanteil auf Rentenmark festzusetzen. Nach der streng juristischen Auffassung des Reichsfinanzministeriums bedarf es einer Gesetzesänderung, um die rechtliche Grundlage für die Festsetzung der Geschäftsanteile und Haftsummen in Rentenmark zu schaffen. Von dem Freien Ausschuß der genossenschaftlichen Zentralverbände sind Schritte getan worden, um eine entsprechende Notverordnung zum Genossenschaftsgesetz herbeizuführen. Der Erlaß ist in Kürzester Frist zu erwarten. Nachdem die Genossenschaften in ihren Einnahmen wertbeständig geworden sind, muß auch eine Reorganisation des genossenschaftlichen Sparkassenwesens erfolgen. Auch der Sparkassenverkehr muß wieder wertbeständig werden. Es empfiehlt sich, ihn ebenfalls auf Rentenmark zu stellen, also Renten-mark entgegenzunehmen und Rentenmark wieder auszuzahlen. Durch restlose und hingebende Arbeit muß auch der Wiederaufbau der Konsum-Genossenschaftsbewegung betrieben werden ohne berauschendes Phrasen, aber dafür auch mit Aussicht auf Erfolg und Zielerreichung.

Meerumschlungen.

1] Roman von K. von der Eider.

„Herr — Lehnsmann!" schallte es über den Hofplatz des Lehnsmann Kätels zu Oldersworf und noch einmal in langgezogenem Tone: „Herr Lehnsmann!"

Eine dicke Magd in kurzgeschürztem Rock stand in der Hoftür; sie hielt den bloßen Arm über die Stirn und schaute blinzelnd nach ihrem Herrn aus.

Da kam er die Trift herauf, ein Hüne von Gestalt, groß, breitschultrig, mit einem Ansatz von Leibesfülle. Er beeilte sich nicht sonderlich; mit großen, langen Schritten kam er näher.

„Herr Lehnsmann, da ist einer, der Sie sprechen will!" rief Etina ihm auf gut plattdeutsch entgegen.

Der Lehnsmann tat im Näherkommen noch einen ordentlichen Zug aus seiner kurzen Pfeife. „Wer ist da?" fragte er.

„Einer von der Geest. Herr Lehnsmann hat schon ein paar Bullen und Jungvieh von ihm gekriegt. Ich glaube, er heißt Schwart oder auch Witt."

„Gröhn," sagte der Lehnsmann. Ein Lächeln flog über das gebräunte, nicht unintelligente Gesicht des Ortsvorstehers.

„Ja, Gröhn, Klas Gröhn aus Wisch."

„Wo ist er? Auf der Diele?"

„Nein, uns' Herr, die Dorbiele wurde gerade geschrubbt; es ist doch Sonnabend heute."

„Na, und —?"

„Ja, in der Wohnstube war gerade uns' Frau bei zu blen; da haben wir ihn in die beste Stube genötigt. Schwußte nicht, wo ich anders mit ihm hinsollte."

„Deern, du bist wohl närrisch! Meinst du, ich halte mir die beste Stube für die Geestbauern? Konntest ihn ja mitnehmen in den Stall; er konnte sich ja was mit den Ochsen erzählen."

„Das wollte ich auch zuerst; aber er hatte einen feinen schwarzen Rock an un gewichste Stiefeln."

„Das ist einerlei, ein Geestbauer bleibt ein Geestbauer, und wenn er Lackstiefel anhätte." Mit diesen Worten schob Lehnsmann Kätels sich an der Magd vorbei zur Tür hinein.

In der besten Stube, der Staatsstube des friesischen Bauern, sah es nicht sehr behaglich aus. Sie war ungeheizt und jedenfalls lange nicht gelüftet. Die roten Rips-möbel trugen bunte Kattunüberzüge, die Vorhänge waren heruntergelassen, und in einer Ecke des Zimmers waren die Winteräpfel aufgeschüttet und verbreiteten einen säuerlichen Modergeruch.

Mr. Peter, der Lehrer, stand unschlüssig umher.

Die lingemütlichkeit des Zimmers schien sich auch dem Gaste mitgeteilt zu haben. Der kleine dicke Mann mit dem roten Bulldoggengesicht sah unruhig auf einem der unzerstörlichen Stühle und drehte die Daumenmühle abwechselnd nach rechts und links. Sein eigener Rock schien ihn zu beengen. Daheim auf seinem Hofe ging er meistens in Hemdsärmeln, und er hatte die Gewohnheit, wenn er sprach, die Daumen in die Armellöcher der Weste zu stecken; so fühlte er sich als Herr.

Das ging hier nicht an. Er hatte den schwarzen Rock an, einen Rock, der mindestens zwölf Jahre alt war, und der nicht wie sein Besitzer mit den Jahren an Breite zugenommen hatte. So saß Klas Gröhn denn in etwas steifer Haltung auf seinem Stuhl und besah seine großen, arbeitsrauhen Hände und räusperte sich vor Ungeduld.

„Bleiben Sie sitzen, Gröhn, bleiben Sie sitzen!"

Geräuschvoll wie immer trat der Lehnsmann ein und zwang mit einer Handbewegung den anderen in seine alte Stellung zurück.

„Nun immer sitzen bleiben. In die Wohnstube dürfen wir nicht hinein, da geben die Frauenslente zu sehr, schrubben und flen und Gott weiß was. Ja, wenn die Frauenslente das Reinemachen in den Kopf kriegen! Stopfen Sie sich die Pfeife, Gröhn, es ist ein echter schwarzer Ge. Gebrüder Kramer. Was? Sie haben die Pfeife zu Hause gelassen? Na, denn einen lüttjen Kom. Sti—na, die Flasche!"

„Machen Sie doch keine Umstände, Herr Lehnsmann."

„Ach was, Umstände! Was gibt es Neues in der Wisch? Was macht das Viehzeug?"

„Alles gut zuwege, Herr Lehnsmann — wenn Sie mal wieder einen Bullen brauchen —"

„Na, na, lieber Gröhn, kein Mangel, kein Mangel, Frauenslente brauchen wir, heftige Frauenslente." Er schlug sich auf die Knie, daß es klatschte und lachte gerdäuschvoll über den selbstgemachten Witz. Erst als der andere ihn verdutzt ansah, merkte er, daß er nicht verstanden worden war. Er klopfte ihm auf die Schulter und fügte gewissermaßen erklärend hinzu: „Wenn Sie mal ein paar trächtige Mütterkühe haben, die kannte ich gebrauchen, aber keine englischen, keine englischen! Die sind nur fürs Auge. Was tue ich mit der Schönheit! Hab' ich recht, Klas Gröhn?"

Klas Gröhn nickte nur; er war offenbar nicht ganz bei der Sache. Endlich nahm er den Griff seines Hanbstockes, den er zwischen den Knien hielt, aus dem Munde und fragte ganz unvermittelt: „Nächstens haben Sie hier Pastorenadel?"

„Jawohl, jawohl." Der Lehrsmann nickte eifrig. „Was wir da für einen Kerl kriegen, soll mich verlangen. Wir gehen freilich nur in den Festtagen mal zur Kirche; wir Bauern können ja nicht besiegen alle Sonntage aufsammen. Aber wenn ich dann mal in die Kirche gehe, dann will ich auch einen ordentlichen Mann vor mir auf der Kanzel sehen, keinen Waschlappen."

„Ich verstehe, so einen wie den Pastor Hinrichs; der war wohl sehr beliebt?"

„Beliebt? Ja, das weiß ich nicht. Für gewöhnlich kam man ja nicht mit ihm zusammen. Aber er war ein guter Pastor, alles was recht ist. Wenn der auf der Kanzel stand, dann stand er über einem. Und im gewöhnlichen Leben war er bescheiden wie ein Kind. So einen bekommen wir schwerlich wieder. Bloß von der Landwirtschaft verstand er nichts, rein gar nichts."

„Das wäre!"

„Ja — er ist ja nun tot, und es ist auch gewiß nichts Schlechtes, was ich von ihm rede; aber wahr ist's: auf der Kanzel war er ein Mann, jedoch für die Welt — nicht zu brauchen, nicht zu brauchen!"

„Das wäre!"

„Ja, ja. Und die Frau Pastor, sie ist ja nun schon alt und grau, aber nicht kindischer als ein dreijähriges Kind. Manche Leute sind förmlich darauf ausgegangen, sie anzuschmieren. Erst neulich kam der Hufsmiter Schlachter her vorbei, das war, als der alte Pastor noch lebte. Er brachte uns einen Mörbraten; den esse ich ganz gern mal, wissen, nicht zu rot gebraten, aber so recht saftig.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231114-13/fragment/page=0002

Halle und Saalkreis.

Halle, den 14. November 1923.

Parteinachrichten.

Ortsbezirksversammlungen.

Ortsbezirk 7: Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr bei Leuchte, Wörmlitzer Straße 98. Morgen, Donnerstag, abend 7½ in folgenden Ortsbezirken: 1 im „Volkspark"; 2 im „Sport-Restaurant", Goethestraße; 3 im Gewerkschaftshaus; 4 in Pätzolds Restaurant, Charlottenstraße 19; 5 in den „Drei Königen"; 6 in der Schankwirtschaft von Hugo Anders, Alter Markt 38. Die Genossen des 8. Ortsbezirks werden persönlich eingeladen.

In allen Versammlungen Tagesordnung: Aussprache über die politische Lage.

Im 6. Ortsbezirk soll außerdem zu den Vorgängen im Ortsbezirk Stellung genommen werden. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Genossinnen und Genossen unbedingt erforderlich. Kein Trinkzwang! — Zum 6. Ortsbezirk gehören die Genossinnen und Genossen, welche in folgenden Straßen wohnen: Fischgasse, Alter Markt, Mauerstraße, Moritzzwinger, Neue Gasse, Schmeerstraße, Bernhardstraße, Am Bauhof, Großer Berlin, Kleiner Berlin, Große und Kleine Brauhausstraße, Kuhgasse, Große und Kleine Märkerstraße, Rannischestraße, Sternstraße, Franckestraße, Leipziger Straße, Röserstraße, Am alten Bahnhof, Bruckdorfer Straße, Buddestraße, Kanonenweg, Delitzscher Straße 1—19 und 81 bis Ende, Am Güterbahnhof, Kirchnerstraße, Magdeburger Straße 50 bis Ende, Marienstraße 8—23, Mauhardstraße, Riebeckplatz, Thielenstraße, Königsplatz, Königstraße, Landwehrstraße, Prinzenstraße, Blücherstraße, Lindenstraße, Riemerstraße, Poststraße, Neue Promenade und Steinweg.

Ohne Nullen.

Es ist erreicht! In vielen Schaufenstern zeigen die Preisschilder nicht mehr lange Zahlen mit unheimlich vielen Nullen, sondern ganz kleine, kurze Zahlen. Nachdem nun auch der Kleinhandel auf Goldmarkbasis errechnen darf, ist es aus mit der Berechnung in Milliarden und Millionen. Und man steht vor der blinken Scheibe und staunt, wenn man wieder nach langen Jahren Waren sieht, die zwanzig, dreißig Pfennige und eine Mark kosten. Interessant ist es auch, die Gesichter des Publikums vor diesen Schaufenstern zu beobachten. Es ist wie ein Aufatmen, wie ein Leuchten fast in den Augen. Man weiß natürlich ganz genau, welche ungeheuren Summen, in Papiermark umgerechnet, diese Groschen und Mark bedeuten, und man weiß auch, daß man sich bei dem Einkommen nur in Papiermark fast nichts oder nur sehr wenig von all den Herrlichkeiten für fünfzig Pfennige, zwei und drei Mark kaufen kann. Und doch ist das Verschwinden der Milliardenpreise im Schaufenster wie ein Erlöstsein vom Alldruck. Man heraucht sich am schönen Schein. Das ist das Traurige und Bezeichnende zugleich für unseren kranken Wirtschaftskörper. Alles ist nur Schein, Schaum und Flitterland. Und alles ist nur seit langem schon für eine ganz kleine Oberschicht zu haben. Wer heute Dollarschatzanweisungen hat und sie gehörig zu hamstern verstanden hat, kann sich für diese Goldmark kaufen, wonach sein Herz verlangt. Die große Masse aber kommt sich vor den Schaufenstern ohne Nullen nur noch elender und trauriger vor. Sie läßt sich vielleicht einen Augenblick von den kleinen Zahlen blenden und betrügen, um dann um so mehr die Schwere des Daseins seufzend zu erkennen. In den Preisverzeichnissen fehlen die Nullen, und die meisten Menschen kommen sich selbst wie Nullen vor, die nichts mehr mit dem Papiergeld anfangen und erreichen können, denen das sauer und schwer erarbeitete und verdiente Papiergeld bereits zu null und nichts zerflossen ist auf dem Wege von der Arbeitsstätte zum Kaufmann und Krämer.

---

* **Der Milchpreis beträgt ab heute ab Stall 24,8, im Kleinverkauf 40 Milliarden.**

* **Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung.** Der Reichsarbeitsminister hat die Länder ermächtigt, auf die Erwerbslosenunterstützung der laufenden Woche einen Vorschuß in der einfachen Höhe des Vorwochenbetrages auszahlen zu lassen.

* **Immer feste drauf!** Die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland hat, wie vorauszusehen, unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft große Erregung hervorgerufen. Das ist auch zu verstehen, denn sie haben zur Genüge erfahren, daß alle Dummheiten der Regierungen die werktätigen Massen bezahlen müssen. Am meisten ist man erregt über die in den Berichten über die Stresemann-Versammlung enthaltene Mitteilung, daß der Beschluß im Reichskabinett auch mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister gefaßt worden sei. Nach der Darstellung, die Stresemann in Halle über die Behandlung der — wie er sagte — rein deutschen Angelegenheit gab, glauben wir nicht, daß diese Behauptung zutreffend sein sollte. Stresemann meinte, daß das Einreisegesuch das erste Aktenstück gewesen sei, daß ihm nach der Uebernahme der Kanzlerschaft vorgelegt worden sei. Er habe selbstverständlich sofort seine Bereitwilligkeit erklärt. In welcher Weise die sozialdemokratischen Reichsminister dabei mitgewirkt haben, sagte der Reichskanzler nicht; wir sind deshalb im Augenblick auch nicht in der Lage, die durch die Presse verbreitete Behauptung auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Wir glauben, wie gesagt, nicht, daß unsere Genossen in der Regierung diesem Verlangen Stresemanns zugestimmt haben sollen. Denn wenn man sich zur Zeit der Erteilung der Einreiseerlaubnis auch über die inneren Wirkungen täuschen konnte, so mußte man doch voraussehen, daß die Rückkehr uns im Ausland auf jeden Fall schädigen mußte. Wir sind der Ueberzeugung, daß unsere Genossen im Ministerium diesen Standpunkt vertreten haben.

* **Zur neuen Grundsteuer** wird uns vom Katasteramte des Saalkreises geschrieben: Die Zeitungsnotizen, wonach die Grundeigentümer die neue Goldmark-Grundsteuer unaufgefordert bis zum 15. November zu zahlen hätten, hat insofern Beunruhigung in weite Kreise getragen, als die Steuerwerte der Grundstücke den meisten Eigentümern nicht bekannt sind. Es wird deshalb noch besonders auf die Bekanntmachung des Regierungspräsidenten verwiesen, in der ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Bekanntgabe der Steuer durch öffentliche Auslegung der Staatssteuerrolle erfolgen werde. Die Daten dieser Auslegung werden in Kürze durch die Ortsbehörde bekanntgegeben werden. Als Zahlungstermin für November gilt der erste Werktag nach Ablauf der Auslegungsfrist. Steuerbehörestelle ist die Kasse derjenigen Gemeinde, in deren Bezirk das steuerpflichtige Grundstück liegt.

* **Staatliche Steuer vom Grundvermögen.** Eine diese neue Landessteuer betreffende Bekanntmachung erläßt der Regierungspräsident heute zum wiederholten Male im Anzeigenteil. Wir machen unsere Leser ganz besonders darauf aufmerksam.

* **Der Goldpfennig im Fernsprechverkehr.** Im Telegramm- und Fernsprechverkehr werden die Gebührensätze vom 15. November an durch Vervielfachung von Grundbeträgen mit dem am Tage der Zahlung geltenden Umrechnungssatze für die Steuermark berechnet. Die wichtigsten Grundbeträge sind im Telegrammverkehr: Fernsprechgramme, Wortgebühr 10 Pf.; Ortsbriefgramme, Wortgebühr 5 Pf.; für ein Telegramm werden mindestens 8 Wörter berechnet; Zustellung bei umgehender Anschrift 30 Pf.; Vorausbezahlung der Bestellung 60 Pf. Im Fernsprechverkehr: ein Ortsgespräch 10 Pf.; mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet: in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 bis einschließlich 1000 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, mit mehr als 50 bis einschl. 1000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10 000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. Für ein Fernsprechgespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer 10 Pf., von mehr als 5 bis 15 Kilometer 20 Pf., von mehr als 15 bis 20 Kilometer 30 Pf., von mehr als 25 bis 50 Kilometer 60 Pf., von mehr als 50 bis 100 Kilometer 90 Pf., darüber hinaus für je angefangene 100 Kilometer mehr 30 Pf. Für dringende Gespräche das Dreifache; Auskunftsgebühr 10 Pf.; Streichungsgebühr 10 Pf.

* **Die Goldpreise der Eisenbahn.** Die Einführung der Goldpreise auf der Eisenbahn hat unhaltbare Zustände geschaffen. Die Beruftätigen, die Papiergeld erhalten, sind häufig nicht imstande, die Wochenkarte zu kaufen, weil sie so viel kosten, wie sie in der vorhergehenden Woche an Lohn erhalten haben. Diese Tatsache, über die der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zahlreiche Eingaben zugegangen sind, hat sie veranlaßt, im Reichsverkehrsministerium dringend Vorstellungen zu erheben, damit dieser unhaltbare Zustand abgeschafft wird.

* **Deutscher Arbeiter-Sängerbund.** Das besonders in den letzten Wochen lawinenartig hereingebrochene Währungselend mit seinen betrüblichen Folgeerscheinungen hat die Zentrale des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes dem Ruin entgegengeführt. Trotz Aufbietung aller Kräfte ist der Verlag nicht mehr in der Lage, das Bundesorgan die „Deutsche Arbeiter-Sängerzeitung", erscheinen zu lassen. Die Angestellten bis auf einen müssen der Erwerbslosenfürsorge zugeführt werden, widmen sich aber weiterhin ohne Entgelt der Fortführung der Bundesangelegenheiten. An alle Bundesvereine richten wir das dringende Ersuchen, den Beitrag für November (250 Millionen Mark pro Mitglied) ungesäumt abzuführen. Es gilt, trotz der Not der Zeit, in aller Ausdauer tatwillig zusammenzustehen, um den völligen Zerfall unseres Kulturstrebens abzuwenden.

Der Zentralvorstand.

* **Aus der Jugendbewegung.** In der gestrigen Notiz hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Die Anschrift für den Bezirksvorstand lautet: Walter Naumann, Halle, Harz 28 II, bei Rodeck.

* **Ein Zusammenstoß** mit Beamten der Schutzpolizei erfolgte in der vergangenen Nacht in der Nähe der Hauptpost. Nach den Mitteilungen des Polizeiberichts wurden drei Beamte umzingelt und angegriffen, so daß es ihnen nicht möglich war, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Auf Notsignale hin eilten weitere Polizeibeamte herbei, denen es gelang, die bedrängten Beamten zu befreien. Es gelang, sechs der Angreifer zur Wache zu bringen. Ein Polizeibeamter wurde am Kopfe verletzt und mußte in betrunkenem Zustande zur Wache getragen werden. Erst als die Beamten Nickelstreifen hatten, konnten sie ihre Hiebwaffen ziehen. Ob und welche Verletzungen durch den Gebrauch der Hiebwaffen eingetreten sind, konnte nicht festgestellt werden, da die Angreifer sich durch die inzwischen angesammelte Menschenmenge durchdrängten und verschwanden.

* **Des Kindes Tod unter dem Auto.** Am Dienstagnachmittag wurde vor dem Bahnhofsausgang in der Thielenstraße die vierjährige Ursula Knöchel, Stadtgustavstraße 1, von einem Transportkraftwagen der „Hallischen Nachrichten" überfahren und sofort getötet. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Südfriedhofes gebracht.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, 7½ Uhr: „Fidelio". Donnerstag: „Traum ein Leben". Freitag: Uraufführung von „Karneol". Sonnabend bei vollständig aufgehobenem Abonnement und ohne Volksbühne geht Wagners „Tannhäuser" in Szene. Sonntag abend: „Madame Butterfly". In Vorbereitung: Oper: „Der Schatzgräber" von Franz Schreker. Schauspiel: „Improvisationen im Juni" von Max Mohr.

Hallische Kunstschau 1923.

Die Garnisonkirche am Domplatz zeigt wieder die Jahresarbeit der Künstler Halles als Beispiel vom Ringen um Brot und innere Notwendigkeit. Das Niveau der Kunstschau liegt wie das der ganzen deutschen Geistigkeit dem Ziel aller Entwicklung nicht eben näher als vor einem Jahr. Es fehlt der schattenlose Glanz von schöpferischer Fülle. Nur wenige Werke sind da, welche die ewigen Dinge in neuer Besonnung zeigen. Jenseits aller Horizonte hellt Paul Horn sein Grabmal. Im Raume schmalster Möglichkeiten und unausweichlicher äußerer Bedingungen thront die Wucht unförmlich, aber höchst formig und selbst von den frangenstolzigen Bäumen umgeschlagen. Die Umstutzung Hornscher Keramik (die gut gekauft wird) will ganzes Auge. Richard Borgk gehört auch hier zu den Können, deren Fehler es ist, daß sie Wesentliches an Dingen außer ihnen festhalten wollen, statt die großen Beziehungen zwischen ihren inneren Kräften zu gestalten. So kommt es, daß Borgk den Generalnenner seiner Erscheinungen bislang nicht gefunden hat. Karl Völker tritt noch auf der Stelle. Seine neuen Werke liegen viel weiter als er selbst glaubt. Es wäre schlimm, wenn es nur soviel Menschen mit dem Mute des Kolumbus gäbe wie Neue Welten, die der Entdeckung harren. Die Architekten Gellhorn und Knauthe versuchen mit ihrer Silberkütte über die Zwangsarbeit am Nur-Nützlichen zu triumphieren. Paul Zilling und Wilhelm Krüger (der seit 1919 stumm war) kommen mit Kraft; jener ein wenig entfaltungslos, dieser zuweilen (Bildnis) er verheißender Erhobenheit. Die übrigen Mitglieder der Hallischen Künstlergruppe — die Nationierung des Raumes läßt Einzelbesprechung in allen Fällen diesmal nicht zu — geben die ihnen eigentümliche Entwicklung auf krummer oder gerader Bahn. Vom Künstlerverein auf dem Pflug gelöst Herzfurth, Ewald Mang (diesmal als Landschafter) und Baccano, bei dem sich großes Erleben zu nur minderem Ausdruck formt. Wekner und Max Neumann bilden ge-

---

wohntes Werk. Walther zeigt Wahrhaftigkeit (die am Anfang aller Schöpfung steht) nur im gereiften Bildnis „Meine Frau"; sonst aus Farbe und literarischer Idee gröblich Sehenden eine mächtige Frisur.

Hermann Lange.

Arno-Holz-Abend der Volksbühne.

Die Volksbühne ließ am Dienstagabend anerkennenswerterweise auch einmal einen lebenden Dichter — Arno Holz — durch den Mund Dr. Richard Wittsacks sprechen. Sie arbeitete damit der weitverbreiteten Auffassung entgegen, ein Dichter sei ein Mann, der tot ist. Die Vorlesungen sollten Arno Holz von den verschiedenen Seiten seines künstlerischen Schaffens, das im Naturalismus gewurzelt ist, zeigen. Dank der plastischen Ausdruckskraft in der Sprechkunst Wittsacks wurde mit Teilen aus dem „Phantasus", vornehmlich aber mit der Novelle „Der erste Schuhlag" eine tiefgehende Wirkung erzielt. In schonungsloser Weise greift der Dichter hier in die Schreckenskammer zuckender Kinderseelen, eine Schulklasse, ein und stellt in dem Folterknecht, dem Rektor, ein ganzes System an den Pranger. Wir danken dem Dichter und seinem Interpreten, der die Konturen scharf umriß, grell beleuchtete und doch mit soviel Güte glättete, wo Gutes war. Leider hoben die Daphnis-Lieder, von Prof. Dr. Moser mit dem bekannten musikalischen Verständnis vorgetragen, die Konzentration zum großen Teil wieder auf. Weder der Inhalt noch die Vertonung waren imstande, die künstlerische Höhe des Vorgelesenen auch nur entfernt zu erreichen. Dennoch hat der Abend zweifellos bewirkt, daß Arno Holz vielen näher gerückt, manchem vielleicht Freund und Bruder geworden ist. Sein Schrei nach der Gemeinschaft wird weitergetragen werden. L. L.

Keine Buchhändlerschließfächer mehr. Der Deutsche Verlegerverein, die Deutsche Buchhändlergilde und der Deutsche Musikalienverlegerverein haben beschlossen, wegen der rapiden Geldentwertung die Schließfachgebühr künftighin nicht mehr zu bestimmen. Sie soll von nun an von jedem Buchhändler selbständig an Hand einer Tabelle unter Berücksichtigung des amtlichen Berliner Dollarkurses für den Tag vorher ermittelt werden. Bei einem Dollarkurs von 100 Millionen betrug die Gebühr 20 Millionen.

Aus der Provinz.

Der Parteibeitrag

beträgt für die Woche vom 12. bis 18. November (46. Kalenderwoche) 15 Milliarden für männliche Mitglieder (rote Marke) und 8 Milliarden für weibliche Mitglieder (blaue Marke).

Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung.

Mehrfache Anfragen haben das Landesarbeitsamt in Magdeburg veranlaßt, in seinem Dienstbezirk Erhebungen über die Höhe der Erwerbslosenunterstützung in verschiedenen Gemeinden und über Verhältnis zu den tariflichen Löhnen anzustellen. Hierbei ist insbesondere festgestellt worden, daß in keinem Falle über die rechtliche Zulässigkeit der Unterstützungssätze Bedenken bestehen können. Im einzelnen war festzustellen, daß die Aufrechterhaltung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Erwerbslosenunterstützung und Tariflöhnen außerordentlichen Schwierigkeiten begegnet; die Erwerbslosenunterstützung wird bekanntlich einheitlich für alle Berufsgruppen festgesetzt; die Lohnentwicklung in diesen ist aber — namentlich innerhalb kurzer Fristen betrachtet — durchaus keine gleichmäßige (verschiedene Ergebnisse der Lohnverhandlungen, verschiedene Abschlußdaten usw.). Dazu kommt, daß die Berücksichtigung des Familienstandes in den Tarifen durchaus nicht übereinstimmt. Zu beachten ist ferner, daß der in den Zeiten verhältnismäßig niedriger Personenfahrpreise auf der Reichsbahn verstärkt einsetzende Zustrom von auswärtigen Arbeitskräften zu den großen Industrieorten für diese Arbeitskräfte heute leicht die Auswirkung hat, daß der Arbeitsverdienst verringert um die man erheblich gesteigerten Reisekosten, gegenüber der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt, was um so eher eintritt, je weiter der Reiseweg ist. Völlig unübersichtlich werden die Verhältnisse auch dadurch, daß die Gewährung von Vorschüssen auf den Lohn wie auf die Unterstützung nicht einheitlich geregelt werden kann, zumal bei den bekannten Schwierigkeiten der Geldbeschaffung. Wenn schließlich noch Kritiker auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite das Opfer von Irrtümern werden die hervorgehen aus der Unkenntnis über den Charakter einer Unterstützungs- oder Lohnzahlung (als Teil- Nachzahlung oder Vorschuß!), so trägt das nur zur Steigerung der schon reichlich vorhandenen Schwierigkeiten bei.

Demgegenüber muß dringend auf die Notwendigkeit ruhiger Ueberlegung und hilfsbereiter Mitarbeit aller sachverständigen Kreise hingewiesen werden, zu der nunmehr durch die Verordnung über die Auszahlung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 um so mehr Gelegenheit geboten ist, da nach deren § 7 letzter Satz die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise im Rahmen der hierfür getroffenen Anordnungen des Reichsarbeitsministers zu bestimmen haben, was in ihrem Bezirk bezüglich Art, Höhe und Dauer der Erwerbslosenunterstützung zu gelten hat.

Merseburg. Erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit. Welchen erschreckenden Umfang die Arbeitslosigkeit auch hier annimmt, geht daraus hervor, daß Ende der Woche 566 männliche Vollerwerbslose, 106 weibliche Erwerbslose, 590 Zuschlagsempfänger und 998 Kurzarbeiter gezählt wurden. In dieser Woche hat sich die Zahl bereits vermehrt. Diese Zahlen zeigen am deutlichsten, in welchem Zustande sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse befinden.

Merseburg. Umtausch von Papiermark in wertbeständiges Stadtnotgeld. Wie der Magistrat mitteilt, ist die Stadt auf Grund der Bestimmungen über die neue Goldanleihe jetzt in der Lage, wertbeständiges Stadtnotgeld gegen Papiergeld abzugeben. Die vorgeschriebene Deckung erfolgt durch Zeichnung der neuen Reichsgoldanleihe seitens der Stadt. Aushändigung des Stadtnotgeldes erfolgt am Tage nach Einzahlung des Papiergeldes, nachdem die Stadt die Bestätigung von der Reichsbank hat, mit welchem Kurs das eingezahlte Papiergeld angerechnet worden ist. Die zugeteilte Goldanleihe verbleibt der Stadt zur späteren Einlösung des Notgeldes. Alle diejenigen, welche zu Lohnzahlungen oder sonstwie wertbeständiges Geld brauchen, werden auf diese Möglichkeit, schnell wertbeständige Zahlungsmittel zu erhalten, hingewiesen.

Roßleben. Immer rückwärts! Der schon etwa 30 Jahre bestehende Posomnibusverkehr zwischen Roßleben und Wiehe wird nun aus Sparsamkeitsgründen eingestellt.

Kelbra. Parteiversammlung. Am Sonntagabend fand in der Schenke unsere monatliche Mitgliederversammlung statt, welche trotz der wirtschaftlichen Nöte der Zeit einen guten Besuch aufwies. Der Vorsitzende, Genosse Mödel, erstattete zunächst einen kurzen Bericht über die letzte Stadtverordnetensitzung, über welche naturgemäß eine rege Aussprache einsetzte. Hierauf wurde über die gegenwärtige Wohnungsnot verhandelt und den interessanten Ausführungen des Genossen Scharlach zugestimmt. Sodann wurde zur Neuwahl des gesamten Vorstandes geschritten. Als erster Vorsitzender wurde wieder Genosse Mödel gewählt. Der Schriftführer und verantwortungsvollste Posten, die Führung der Kassengeschäfte, wurde den Genossen Werner und Hesse übertragen. In die Pressekommission wurden die Genossen Scharlach, Hellmut, Rudnick und Friedrich gewählt. Dann fand noch eine rege Aussprache über Gemeindeangelegenheiten statt. U. a. wird beabsichtigt, die Linden im Kirchtale zu fällen und die Schäfte als Nutzholz zu verkaufen. Man beabsichtigt dann Obstbäume anzupflanzen. Verschiedene Genossen vertraten den richtigen Standpunkt, daß diese Sache auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge geregelt werden könnte, indem die Erwerbslosen einen Tag in der Woche auf Grund der Unterstützung sich an dem Roden der Bäume beteiligten.

Bitterfeld. Jugend in Not! In seiner letzten Mitgliederversammlung beschäftigte sich der Bitterfelder Lehrerverein mit der Not der Schuljugend und nahm einmütig folgende Entschließung an: „Der Lehrerverein Bitterfeld macht die breite Oeffentlichkeit auf die furchtbare Not aufmerksam, unter der unsere Schuljugend in letzter Zeit in stark gesteigertem Maße leidet. Viele unserer Kinder sitzen bis Mittag in der Schule, ohne etwas genossen zu haben. Der Hunger schwächt eine erfolgreiche geistige Arbeit völlig aus. Der Bitterfelder Lehrerverein ruft daher die Behörden und sozial arbeitenden Kreise der Bevölkerung auf, hier sofort helfend einzugreifen, damit die bedrohende Hungersnot nicht mit mit der Jugend unseres Volkes Zukunft vernichtet. Der Bitterfelder Lehrerverein ist bereit, mit aller Kraft an diesem Werke mitzuarbeiten." Hoffentlich werden diejenigen, die an diesen barbarischen Zuständen schuld sind, diesen Hilferuf nicht ungehört verhallen lassen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 14. November 1923.

Vorständekonferenz für den Unterbezirk Mansfeld der USPD.

Wir berufen hiermit zu Sonntag, den 18. November, vormittags 10 Uhr, nach dem „Bürgergarten" in Eisleben eine Vorständekonferenz für den Mansfelder See- und Gebirgskreis ein.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage. 2. Organisationsangelegenheiten.

Die Ortsvereinsvorstände werden ersucht, an dieser Konferenz teilzunehmen, zumindest müssen alle Ortsvereinsvorsitzenden erscheinen.

Die Unterbezirksleitung Eisleben.

Gerbstedt. Kundenlisten zum Brotbezug. Um den Klagen über die Brotversorgung ein Ende zu machen, hat die Stadtverwaltung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231114-13/fragment/page=0003

die Einführung von Kundenlisten angeordnet. Jeder kinderversorgungsberechtigte Haushaltungsvorstand hat deshalb umgehend seine Eintragung in die Kundenliste eines hiesigen Bäckereibetriebsinhabers nachzusuchen. Es werden Brotkartenausweise ausgegeben, die beim Broteinkauf vorzulegen sind.

Helfta. Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich mit folgenden Angelegenheiten: Infolge der Geldentwertung macht sich die Erhebung einer weiteren Vorauszahlung auf die Gemeindesteuern für 1923 erforderlich, und zwar in Höhe der 1 500 000-fachen Grund- und Gewerbesteuern und der 750 000-fachen Gebäudesteuern. Der Berechnung zugrunde gelegt werden die für das erste Vierteljahr 1923 fälligen Beträge. Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig antragsgemäß. Einstimmig wurde beschlossen, von den Pächtern der Gemeindeäcker, die nach den Pachtverträgen die Pacht nach dem Goldmarkstande vom 15. Oktober zu entrichten haben, den durch spätere Zahlung der Gemeinde entstandenen Ausfall einzufordern. Weiter wurde einstimmig beschlossen, die Bespannung für die Feuerspritze gegen Haftpflicht zu versichern. Die Versicherung soll abgeschlossen werden, daß in einem Schadensfalle für jedes Pferd der Gegenwert von 150 Zentner Roggen gezahlt wird. Darauf wurde mit den Stimmen der Linken der Eingruppierung der beiden Gemeindearbeiter und des Nachtwächters in den Angestelltentarif zugestimmt. Als letzter Punkt stand der Antrag der Stadt Eisleben auf Eingemeindung der Gemeinde Helfta in den Stadtbezirk Eisleben zur Verhandlung. Für die bürgerliche Fraktion ersuchte der Gutsbesitzer Barth (dntl.) den Antrag ohne Debatte abzulehnen, die gleiche Erklärung gab Eisfeld (KPD.) ab. Es wurde einstimmig auch so beschlossen. Zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Gemeindevorsteher-Stellvertreter und dem deutschnationalen Landwirt Barth kam es gelegentlich einer Anfrage des letzteren in der Ochsenackersache. Die Prozeßsache Koch gegen die politische Gemeinde mußte in geschlossener Sitzung verhandelt werden, da es nicht angängig ist, den Prozeßgegnern die Möglichkeit zu geben, den Verhandlungen beizuwohnen. Die Mehrheit der Gemeindevertreter, die Arbeiter sind, haben absolut keine Veranlassung, der Oeffentlichkeit etwas vorzuenthalten. Die Schlußfolgerung, die der „Klassenkampf" daraus zieht, ist absolut unzutreffend. Er setzt damit nur die Arbeitervertreter einschließlich seiner eigenen Parteigenossen in Mißkredit. Die Tatsache, daß auch der Landwirt Koch glaubt sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern zu können, indem er buchstäblich für nichts von der Gemeinde 47½ Zentner Roggen als Entschädigung für einen abgelaufenen Pachtvertrag, der, nachdem die Aecker bereits anderweitig von kleinen Leuten gepachtet waren, vom Pachteinigungsamte verlängert war, verlangt, ist der Oeffentlichkeit schon zur Genüge bekannt. Das braucht nicht mehr verheimlicht zu werden. Im Gegenteil ist dafür zu sorgen, daß die Oeffentlichkeit die wahre Liebe dieser agrarischen bürgerlichen Volksbeglücker in der ganzen Erbärmlichkeit ihrer Selbstbereicherungssucht und Futterkrippenwirtschaft kennen lernt. Es sind insgesamt die nämlichen Leute, die das, was sie tun, um es zu verdecken, anderen anbichten.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton: i. V. F. O. H. Schulz; für Genossenschaftliches und Lokales: i. V. Gottlieb Kasparek; für Gewerkschaftliches, Proving und Sport: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Vereins-Kalender

der VSPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 43/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1028. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung; die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle.

Kartellvorstand und Gewerkschaftsvorstände. Am Freitag, dem 16. November abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a, eine Sitzung des Kartellvorstandes und der Gewerkschaftsvorstände statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß neben dem Kartellvorstand mindestens ein Vertreter der angeschlossenen Gewerkschaften erscheint. J. A. Lüttich.

S. J. Bezirksvorstand heute pünktlich ½7 Uhr: Sitzung im Ingenieurheim. Alle Bezirksvorstandsmitglieder müssen bestimmt erscheinen.

Verein Dr. med. Schüßlers Biochemie Sonnabend, den 17. November, abends 7½ Uhr, spricht Herr Nieß-Lorien im Stadtgymnasium über zweckmäßige Ernährung.

Athletik-Vereinigung Germania-Reisenden Freitag, den 16. November, im Vereinslokal Reyolds Restaurant Charlottenstr. 19 Außerordentliche Generalversammlung. An alle Mitglieder geht die Aufforderung, in dieser Versammlung zu erscheinen. Unentschuldigtes Fernbleiben hat den Ausschluß zur Folge.

Merseburg. Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage". Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Kein Eintritt. 3843

Delitzsch. Freitag, abends 8 Uhr, im „Ring": Funktionär-Versammlung.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl. Harz 42/44.

Jackie Coogan

der 10jährige Wunderknabe in Halle!

Halle hat nun endlich Gelegenheit, den populärsten und schönsten Film der Erde kennen zu lernen, und zwar den in letzter Zeit so viel genannten Film:

My Boy

(Mein Junge).

Könnte man diesem Film eine würdigere Empfehlung mit auf den Weg geben? Kaum! Denn angesichts dieser unendlich rührenden Sprache einer zarten unschuldigen Kinderseele verblaßt das todesstarre Buchstabenwort, möge es auch noch so warm aus vollem Herzen kommen. Jackie Coogan, ein lieber, niedlicher, geschmeidiger, geschickter, couragierter kleiner Bub, steht im Mittelpunkt als ein verlassenes Waisenkind, das nichts sein eigen nennt als ein reines Herz und ein goldiges Gemüt. Der liebe Knirps ist ein Wunderknabe. Er gibt dem poesielosen Jungenleben, das keine Sonne kennt, einen echten glaubhaften Inhalt, er spielt nicht, man fühlt es im tiefsten Herzen, er lebt in Wahrheit dieses arme Dasein des verlassenen namenlosen Buben ohne Eltern, Glück und Liebe . . . Sieht man seine Kindertragödie, die einem die Tränen heiß in die Augen steigen läßt, vergißt man Raum, Zeit und Ort. Am liebsten spränge man auf und nähme den dunkelaugigen Buben beim Schopfe, ihn liebreich mit den Worten tröstend: Sei gut, Jackie, armer Junge, sei still Du — My Boy. — Ein Filmfachmann schreibt: Zusammen mit einigen befreundeten Theaterbesitzern habe ich mir gestern den amerikanischen Film „My Boy" mit dem kleinen Jackie Coogan in der Hauptrolle im Mozartsaal angesehen. Ich bin, wie alle, die den Film gesehen haben, begeistert. Wie ganz Berlin, so bin auch ich bis über beide Ohren in den kleinen Jackie Coogan verliebt. Wir alten Kinohasen haben geheult wie die kleinen Schuljungen. Zu schämen braucht man sich nicht, denn jeder, der den Film sieht, sitzt da mit feuchten Augen. Ich bin der Meinung, daß dieser Film der schönste ist, den wir dem Publikum bis jetzt zeigen konnten. Für die Filmbranche ein Ereignis, das noch nicht da war.

3852

Seine Erst-Aufführung findet statt am Freitag, dem 16. November, im

UT **Alte Promenade 11a** UT

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Traum ein Leben**
Freitag, abends 7½ Uhr: **Karneol.**

Gold Silberschmuck Brillanten Uhren aller Art, Ringe, Ketten usw. kauft stets seit 1888 **Herm. Schindler,** Uhrmachermstr. u. Juwelier, Kleine Ulrichstrasse 35.

Häute und Felle kauft zu höchsten Preisen **Gerberei Adelberg Merseburg,** Fischerstrasse 3. 3857

Grammophon-Platten! Zahle für 8 alte eine neue, 1 kg 0,40 Goldmark **H. Müller,** Gr. Märkerstraße 3, Leipziger Straße 18.

Hokus, pokus Erdal gibt die Kraft. Schon glänzen die Schuhe zauberhaft.

Erdal

Wörner & Mertz A.-G. Mainz. 3841

Die 4ling Seife Hersteller J. Kron, München

Einmal verwendet, werden Sie begeistert sein und sie täglich benützen!

Auf **Teilzahlung** Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Damen-Mäntel. Günstige Anzahlung. Wochenrate von 1 Mk. an. **Carl Klingler** Leipziger Str. 11, 1. Etage. Nicht im Laden

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe 3573 kauft laufend **Metall-Kontor** Alice Abramowitz, Seemeerstr. 14, 1. (Kein Laden).

Pelze 3792 arbeitet sachgem. um Magazin zum Pfau, Kleinschmied. 6, Ecke Gr. Steinstr. a. Markt.

Halt! Kleine Anzeigen wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterrichts, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Heiz- u. Koch-Oefen Waschkessel — Gruden — **Kochherde** Sparkocher **Christian Glaser** Gr. Klausstr. 24 Fernruf 6138 Reinig. und Reparieren aller Oefen.

Mansfelder Lande

Auf Grund der Verordnung über die **Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge** hat der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes für sämtliche Krankenkassen, die im Stadtkreise Eisleben und im Mansfelder Seekreise ihren Sitz haben, 20 Prozent des Krankenkassenbeitrages als Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. November an, festgesetzt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen diesen Beitrag je zur Hälfte. Die Beiträge sind als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und mit diesen an die Krankenkassen zu entrichten. Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Krankenkassen (Knappschaftsverein) zur Erleichterung der Abführung der Beiträge sind statthaft.

Ferner hat der Verwaltungsausschuß mit Zustimmung der Verwaltungsgemeinde beschlossen, die gesamte Erwerbslosenfürsorge für den Stadtkreis Eisleben und den Mansfelder Seekreis im Arbeitsamt zusammenzufassen. Bis auf weiteres sind die Gemeindebehörden des Kreises mit der Festsetzung und Auszahlung der Unterstützung beauftragt worden. Die Gemeinden sind auf Grund des erzielten Beschlusses des Verwaltungsausschusses verpflichtet, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Erwerbslosenunterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Jeder Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger ist sonach verpflichtet, nach Maßgabe seiner Unterstützung im Verhältnis zur tariflichen Entlohnung seine Arbeitskraft der Gemeinde zur Verfügung zu stellen.

Eisleben, den 12. November 1923.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses. 928

Frauen
Es gibt beim Ausbleiben der **monatlichen Regel,** ein unschädlich sicher wirkendes Mittel, um Sie von dieser Sorge zu befreien. Schreiben Sie mir, einer erfahrenen Frau, denn nur meine seit viel Jahren bewährten, genehmigten und von ärztlichen Autoritäten geprüften Original-Mittel helfen

Tolsicher auch in bedenklichen, bereits hoffnungslosen Fällen. 1000 de Dankschreiben bezeugen den Erfolg **in 1 bis 2 Stunden.** Keine Berufsstörung. Garantiert unschädlich, sonst 3faches Geld zurück. Diskreter Versand per Nachnahme. **Frau A. Liermann Hamburg 6/C 2862** Schanzenstr. 68 3793

Druckaufträge jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber **Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei**

Bekanntmachung über die staatliche Steuer vom Grundvermögen.

Die staatliche Steuer vom Grundvermögen wird für die Zeit vom 1. November 1923 an auf Grund der durch Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 22. Oktober 1923 (GS. S. 478) eingetretenen Gesetzesänderung und nach Maßgabe der dazu ergangenen Ausführungsanordnungen nach folgenden Grundsätzen erhoben:

1. Die Steuer beträgt monatlich
a) bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd landw. oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, 0,20 Mk.,
b) bei allen übrigen Grundstücken 0,25 Mark

für je 1000 Mk. des für die Veranlagung zur früheren preußischen Ergänzungssteuer für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgesetzten Wertes.

2. Die nach Ziffer 1 berechnete Steuer ist die Steuer in Goldwert.

3. Die Bekanntmachung der monatlichen Steuer in Goldwert erfolgt durch öffentliche Auslegung der Staatssteuerrolle zur Einsicht für die Steuerschuldner. Zeit und Ort der Auslegung wird demnächst öffentlich bekanntgegeben.

4. Soweit die Veranlagungsbescheide über die am 1. April 1923 eingeführte staatliche Steuer vom Grundvermögen den Steuerschuldnern noch nicht zugestellt sind, wird in ihnen der monatliche Betrag der neuen Steuer in Goldwert angegeben werden. Sind dagegen die Veranlagungsbescheide den Steuerschuldnern bereits zugegangen, so sind letztere in der Lage, den monatlichen Steuerbetrag in Goldwert nach den Angaben des Veranlagungsbescheids selbst zu berechnen.

Die Berechnung erfolgt nach folgenden Regeln:

a) Für die vorstehend unter 1 zu a genannten Grundstücke ist in Sp. 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids das Einfache des Ergänzungssteuerwerts eingetragen. Die monatliche Steuer berechnet sich also zu 0,20 Goldmark für je 1000 Mk. dieses Wertes.

b) Für die vorstehend unter 1. zu b genannten Grundstücke ist in Sp. 9 der Tabelle des Veranlagungsbescheids das Achtfache des Ergänzungssteuerwerts eingetragen. Diese Wertangabe ist daher erst durch 8 zu teilen; alsdann ist der monatliche Steuerlatz von 0,25 Goldmark für je 1000 Mk. anzuwenden.

Die nach den Regeln zu a und b berechneten monatlichen Steuerbeträge sind nach unten abzurunden, und zwar: bei Beträgen bis zu 10 Mk. auf volle Pfennige, bei Beträgen von mehr als 10 Mk. bis zu 100 Mk. auf volle 10 Pfennige, bei Beträgen über 100 Mk. auf volle Mark.

Beispiel zu a.

Hausgrundstück. Der Wert nach Sp. 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (einfacher Ergänzungssteuerwert) sei 24 300 Mk.

Die monatliche Steuer beträgt

$$\frac{0{,}20 \times 24\,300 \text{ Mk.}}{1000} = 4{,}86 \text{ Goldmark.}$$

Beispiel zu b.

Landgut. Der Wert nach Sp. 9 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (achtfacher Ergänzungssteuerwert) sei 4328000 Mark. Das Einfache des Ergänzungssteuerwerts beträgt demnach

4328000 Mk. : 8 = 541000 Mk.

Die monatliche Steuer beträgt

$$\frac{0{,}25 \times 541\,000 \text{ Mk.}}{1000} = 135{,}25 \text{ Goldmark,}$$

abgerundet auf 135 Goldmark.

5. Die Steuer ist am 15. eines jeden Monats fällig. Sie ist in bar oder durch Vermittlung der Post (Postanweisung, Zahlkarte oder Postschecküberweisung) ohne Abzug unaufgefordert an die Kasse derjenigen Gemeinde zu entrichten, in deren Bezirk das steuerpflichtige Grundstück gelegen ist (vgl. Sp. 2 der Tabelle des Veranlagungsbescheids).

6. Endet die Auslegungsfrist der Staatssteuerrolle (vgl. Ziff. 3) nach dem 15. November, so gilt als Fälligkeitstermin der Steuer für November der auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgende Werktag.

7. Die Zahlung der Steuer in Goldwert ist in Banknoten, Reichskassenscheinen oder Darlehnskassenscheinen, die auf deutsche Währung lauten, zu leisten unter Anwendung des für den Tag der Zahlung geltenden Goldumrechnungssatzes. Die Steuer für den Monat November 1923 ist, wenn sie nach dem 15. November, aber spätestens an dem auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgenden Werktage (vgl. Ziffer 6) entrichtet wird, nach dem Goldumrechnungssatze des 15. November zu zahlen, sofern dieser Satz geringer ist als der des Zahlungstages.

8. Für bebaute Grundstücke nach Ziff. 1a, die ganz oder teilweise vermietet sind, kann die Steuer bis zum fünften Werktage (einschließlich) nach dem Fälligkeitstermin entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatze des Fälligkeitstermins, sofern dieser Satz geringer ist als der des Zahlungstages. Für den Monat November 1923 kann die Steuer bis zum sechsten Werktage (einschließlich) nach Ablauf der Auslegungsfrist (vgl. Ziffer 6) entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatz des 15. November, sofern er niedriger ist als der des Zahlungstages.

9. Bei Ueberweisung der Steuer durch die Post gilt als Zahlungstag der Tag, an dem die Postanweisung, die Zahlkarte oder die Schecküberweisung bei der Post eingeliefert wird.

10. Als Goldumrechnungssatz gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes ist der Satz maßgebend, der von dem Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 2 der Verordnung über Steueraufwertung usw. vom 11. Oktober 1923 (RGBl. I S. 969) jeweils bestimmt wird. Der Goldumrechnungssatz wird durch Aushang bei der Postanstalt und der Gemeindebehörde ständig zur allgemeinen Kenntnis gebracht. 3826

Merseburg, den 6. Nov. 1923.

Der Regierungspräsident.

Werbt neue Leser!

BREMEN **AMERIKA** **OSTASIEN** **AUSTRALIEN**
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck- Versicherung!
Nähere Auskunft durch **NORDDEUTSCHER LLOYD** BREMEN und seine Vertretungen
In Halle a. S.: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststraße (Stadt Hamburg)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219231114-13/fragment/page=0004